

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Schweizerische Bau-, Planungs- und
Umweltdirektoren-Konferenz BPUK
Dr. George Ganz
Postfach 3249
8049 Zürich

15. März 2005

Vernehmlassung zur Strategie der BPUK zur Bekämpfung des Sommersmogs

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Februar 2005 ersuchen Sie die Kantonsregierungen, zur Strategie der BPUK zur Bekämpfung des Sommersmogs Stellung zu nehmen. Wir kommen dieser Aufforderung trotz der äusserst kurzen Vernehmlassungsfrist gerne nach.

Wir unterstützen grundsätzlich, dass sich die BPUK der Thematik annimmt und mit einer Strategie die Information und die Alarmierung der Bevölkerung bei erhöhten Ozonkonzentrationen unter den Kantonen koordinieren will. Insbesondere die Erfahrungen im Umgang mit der Sommersmog-Situation im Sommer 2003 haben gezeigt, dass diesbezüglich ein grosser Handlungsbedarf besteht.

Beantwortung Ihrer Fragen:

Frage 1

Erachten Sie ein koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung des Sommersmogs als richtig und begrüssen Sie die Federführung des BUWAL in dieser Sache in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und den betroffenen Bundesstellen?

Antwort: Ja

Die BPUK hat mit ihrem Vorgehen sinnvollerweise die Federführung in dieser Sache übernommen. Auch das Konzept ist grundsätzlich so angelegt, dass die Kantone unter der Federführung der BPUK bei Erreichen der entsprechenden Schwellenwerte eine hohe Verantwortung bei der Information und der Alarmierung übernehmen müssen. Dem BUWAL sind lediglich Grundlagenarbeiten zugewiesen (Informationskonzept, Pkt. B1). In diesem Sinne ist die in der Frage 1 stipulierte 'Federführung des BUWAL' irreführend. Unseres Erachtens liegt die Federführung bei der BPUK!

Frage 2

Ist das angewandte Vorgehen (zwei Stufen, Automatismus) richtig?

Antwort: Ja

Das zweistufige Vorgehen bei hohen Ozonkonzentrationen und die Angleichung der Schwellenwerte für die Information und die Alarmierung an die europäische Informationsschwelle ($180 \mu\text{g}/\text{m}^3$) bzw. Alarmschwelle ($240 \mu\text{g}/\text{m}^3$) erachten wir als sinnvoll. Dies ermöglicht in den grenzübergreifenden Regionen eine mit den Nachbarländern koordinierte Informationspolitik.

Frage 3

Unterstützt Ihr Kanton die vorgeschlagenen Massnahmen, damit diese im Eintreffensfall auch gesamtschweizerisch angeordnet werden könnten (in der Regel regional)?

Antwort: Ja

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen im Eintreffensfall erachten wir als zweckmässig. Die vorgeschlagenen saisonalen Massnahmen und die an die regionale Ozonbelastung angepasste Information und allfällige Alarmierung müssen in den einzelnen Regionen unter den betroffenen Kantonen frühzeitig vorbereitet werden. Wir erwarten von der BPUK, dass sie die nötigen Schritte für diese Vorbereitungsarbeiten einleitet. Insbesondere müssen die Regionen aufgrund von meteorologischen und lufthygienischen Aspekten abgegrenzt werden und die regional zuständigen Entscheidungskompetenzen klar geregelt werden. Auch sind die Auskunfts- und Kontaktstellen frühzeitig zu bezeichnen, damit ihre Verfügbarkeit zu den vorgesehenen Auskunftszeiten für den Eintreffensfall sichergestellt werden kann. Es stellt sich diesbezüglich die Frage, ob die zuständigen Fachstellen über die nötigen personellen Ressourcen verfügen, um die vorgesehenen Auskunftszeiten überhaupt abdecken zu können.

Frage 4

Unterstützt Ihr Kanton die weiteren Arbeiten hinsichtlich der Bekämpfung des Sommersmogs gemäss Konzept der BPUK (verbesserte Datenerfassung, Informationskampagnen, technische und fiskalische Massnahmen etc.)?

Antwort: Ja

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn unterstützt insbesondere die dauerhaft wirksamen Massnahmen zur Bekämpfung des Sommersmogs. Er will mit einem konsequenten Vollzug der LRV und mit dem Instrumentarium der Massnahmenplanung sowie mit raumplanerischen Massnahmen (Kantonaler Richtplan) zur Erreichung dieser Zielsetzung beitragen. Wir erwarten aber von der BPUK, dass sie auch bezüglich der dauerhaft wirksamen Massnahmen ihre Koordinationsfunktion wahrnimmt und die Kantone bei der Umsetzung entsprechender Massnahmen unterstützt. In diesem Sinne betrachten wir dieses Strategiepapier als einen ersten Schritt zur Erreichung des Zieles.

Für die Möglichkeit, zur Strategie der BPUK eine Stellungnahme abgeben zu können, bedanken wir uns bestens.

3

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.

Walter Straumann

Landammann

sig.

Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber